

# Soziale Stadt

Aktuelle Informationen zum Bund-Länder-Programm

## info 1

Juli 2000

*Liebe Leserin,  
lieber Leser,*

im Jahr 1999 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) zusammen mit den Ländern – ergänzend zur Städtebauförderung – das neue Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aufgelegt. Mit ihm sollen die Lebensverhältnisse in solchen Quartieren verbessert werden, in denen sich soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme besonders häufen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) begleitet das Programm als bundesweite Vermittlungs-, Informations- und Beratungsagentur und ist Ansprechpartner für alle engagierten und interessierten Personen, Verbände, Vereine, Interessengruppen, Initiativen, Arbeitsgemeinschaften, Institutionen und Städte. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehören:

- der Aufbau eines bundesweiten, allgemein zugänglichen Netzwerks für Information, Diskussion und Erfahrungs-

austausch, unter anderem in zentralen und dezentralen Veranstaltungen, durch fortlaufende Berichte („Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“ und „Soziale Stadt infos“) und ein Internet-Forum ([www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de));

- die Programmbegleitung vor Ort in den Modellgebieten der „Sozialen Stadt“;
- „Best-Practice“-Untersuchungen zu ausgewählten Themen, z.B. Bündelung der Ressourcen, Aktivierung der Quartiersbevölkerung, Management und Organisation, in Kooperation mit empirica.

In den „infos“ wird von nun an mindestens dreimal jährlich über den Fortgang der Programmumsetzung und über aktuelle Entwicklungen in den Programmgebieten berichtet. Für alle, die die „infos“ beziehen möchten, findet sich auf der letzten Seite ein Bestellschein. Ganz besonders freuen wir uns natürlich, wenn viele der Leserinnen und Leser von dem Angebot Gebrauch machen, uns Beiträge zur Veröffentlichung in den „infos“ zuzusenden.

Ihre Difu-Projektgruppe Soziale Stadt ■

### i · n · h · a · l · t

Bundesweite Starterkonferenz, 1. und 2. März 2000 in Berlin	2
Modellgebiete zur „Sozialen Stadt“ und Programmbegleitung vor Ort (PvO)	3
Starterkonferenz im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf	4
Tagung „Soziale Stadt – Erfahrungsaustausch der Projektstädte des Landes Niedersachsen“	6
„Soziale Stadt – meine Sicht“	7
Veranstaltungshinweise	8
Bestellschein	8
Impressum	5

# Bundesweite Starterkonferenz, 1. und 2. März 2000 in Berlin

Mit der gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und dem Difu veranstalteten bundesweiten Starterkonferenz zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ wurden mehrere Ziele verfolgt:

- die bundes- und landespolitische Bedeutung des Programms zu demonstrieren und den ressortübergreifenden Ansatz zu verdeutlichen, mit dem investive und nichtinvestive quartiersbezogene Politik- und Maßnahmenkonzepte gefördert werden sollen;



- Quartierskonzepte, Vorgehensweisen und aktuelle Probleme bei der Programmumsetzung am Beispiel von Erfahrungen aus den 16 Modellgebieten zu diskutieren;
- die Aufgaben der bundesweiten Programmbegleitung durch das Difu vorzustellen;
- Chancen und Perspektiven aufzuzeigen, die dieser neue Politikansatz für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf bietet.

Zu den zentralen Handlungsfeldern des Programms – Bündelung der Ressourcen, Aktivierung der Quartiersbevölkerung, Management und Organisation – gab es im Erfahrungsaustausch eine Reihe von Empfehlungen und Hinweisen zur Programmumsetzung:

- Die Förderbestimmungen der vielfältigen Programme auf Bundes- und Länderebene bedürfen der Harmonisierung, um den gebündelten Einsatz der Fördermittel in den Gebieten zu erleichtern.
- Nichtinvestive Maßnahmen sollten stärker in die integrierten Handlungsansätze einfließen. Die Möglichkeiten der bestehenden Sozial-, Jugend- und Beschäftigungsprogramme werden noch zu wenig genutzt.
- Um den Mitteleinsatz flexibler zu gestalten und Entscheidungsbefugnisse zu dezentralisieren, haben sich z.B. in Nordrhein-Westfalen und Hamburg Innovations- und Verfügungsfonds bewährt, über deren Verwendung Bürgergremien in den Stadtteilen selbst entscheiden.
- Aufgaben und Aktionsbereiche des Quartiermanagements sind zu präzisieren, um unrealistischen Erwartungen – „vor Ort“ im Quartier, von Seiten der lokalen Politik und Verwaltung, aber auch bei den „Quartiermanagern“ selbst – vorzubeugen. Künftig geht es darum, auf das neue Berufsbild zugeschnittene Ausbildungsgänge zu entwickeln.

- Als besonders wichtig wurden Verbesserungen im Quartier durch „Schlüssel-“ oder „Leuchtturmprojekte“ herausgestellt, die im Gebiet rasch sichtbar und erlebbar werden.
- Damit die Bewohnerinnen und Bewohner stärker motiviert sind, ihr Quartier aktiv mitzugestalten, bedarf es geeigneter Beteiligungsofferten und Organisationsstrukturen, die auf lokale Mentalitäten und Problemlagen zugeschnitten sind. Für die ausländische Bevölkerung sind spezifische Ansprache- und Beteiligungsformen zu entwickeln.
- Motivation erfordert auch Anerkennung. Plädiert wurde deshalb für eine „Organisation der Anerkennung“. Erfolge durch gemeinschaftlichen Einsatz der Menschen vor Ort sollten deutlich gewürdigt werden.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ – soviel wurde in vielen Beiträgen und Diskussionen in und am Rande der Veranstaltung deutlich – stößt in eine Lücke, die zu schließen für die Städte immer dringender wird, ohne dass es hierfür allerdings „Patentrezepte“ gäbe. Es wurde die Forderung erhoben, eine dauerhafte „personengestützte Infrastruktur“ zu schaffen, mit der in den Quartieren selbsttragende Strukturen etabliert werden könnten.

Die Chancen des Programms werden vor allem darin gesehen, dass fortlaufend Erfahrungen eingebracht und entsprechende Anpassungen vorgenommen werden können – es ist sozusagen als ein „lernendes Programm“ zu nutzen. Die Tücken für die Programmgestaltung vor Ort lauern im Beharrungsvermögen und Abgrenzungsbedürfnis von Ressorts und Institutionen, in lieb gewordenen Routinen, der Befürchtung von Machtverlust, im Fehlen integrativer Problemsicht bei einzelnen Akteuren. In Bund und Ländern, Städten und Quartieren, bei nahezu allen Akteuren wird für diesen integrativen Politikansatz noch viel getan werden müssen. **Difu ■**

Die Dokumentation der Starterkonferenz ist als Band 4 der Reihe „Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“ erschienen. Sie kann ebenso wie die Programmgrundlagen („Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“, Band 3) beim Difu angefordert werden (Renate Schulz, Telefon: 030 / 390 01-218, Telefax: 030 / 390 01-128, E-Mail: Schulz@difu.de).

# Modellgebiete zur „Sozialen Stadt“ und Programmbegleitung vor Ort (PvO)

## Modellgebiete in Kürze

Für das Programmjahr 1999 haben die Länder insgesamt 161 Gebiete in 123 Städten und Gemeinden für das Programm „Soziale Stadt“ gemeldet und je Land ein Modellgebiet ausgewählt. „Modellhaft“ sind diese Gebiete entweder in puncto Konzept und Verfahrensstand oder aber im Hinblick auf Problemlagen und Handlungsbedarf.

Die folgende Kurzdarstellung listet einige prägnante Kenndaten der Modellgebiete auf – in der Reihenfolge:

- Stadt(teil) – Gebietsbezeichnung;  
Bundesland;  
Baualter/Gebietstyp;  
Gebietsgröße / Einwohnerzahl;  
Lage in der Stadt.
- Berlin-Kreuzberg –  
Neues Kreuzberger Zentrum/  
Wassertorplatz;  
Berlin;  
Gründerzeit, 70er-Jahre;  
15 ha / 7 300 Einwohner;  
Innenstadtrand.
- Bremen-Gröpelingen –  
Ohlenhof/Gröpelingen/Lindenhof;  
Bremen;  
Gründerzeit, Wiederaufbau;  
354 ha / 25 700 Einwohner;  
Innenstadtrand.
- Cottbus – Sachsendorf-Madlow;  
Brandenburg;  
Plattenbaugebiet der 70er- und  
80er-Jahre;  
125 ha / 22 800 Einwohner;  
Stadtrand.
- Flensburg – Neustadt;  
Schleswig-Holstein;  
Gründerzeit;  
51 ha / 4 500 Einwohner;  
Stadtrand.
- Gelsenkirchen –  
Bismarck/Schalke-Nord;  
Nordrhein-Westfalen;  
Gründerzeit, 50er- und 60er-Jahre;  
520 ha / 18 700 Einwohner;  
Stadtrand.
- Halle (Saale) – Silberhöhe;  
Sachsen-Anhalt;  
Plattenbaugebiet der 80er-Jahre;  
203 ha / 26 000 Einwohner;  
Stadtrand.
- Hamburg-Altona – Lurup  
(Lüdersring/Lüttkamp, Flüsseviertel);  
Hamburg;  
Neubausiedlungen der 50er-, 60er-  
und 70er-Jahre;  
insgesamt 140 ha;  
insgesamt 11 300 Einwohner;  
Innenstadtrand.
- Hannover – Vahrenheide-Ost;  
Niedersachsen;  
60er- und 70er-Jahre-Siedlung;  
73 ha / 8 300 Einwohner;  
Stadtrand.
- Kassel – Nordstadt;  
Hessen;  
Gründerzeit,  
Wohngebäude der Zwischenkriegszeit,  
Siedlungsbau der Nachkriegszeit;  
70 ha / 5 700 Einwohner;  
Innenstadt/Stadtrand.
- Leinefelde – Südstadt;  
Thüringen;  
Plattenbaugebiet der 60er- bis  
80er-Jahre;  
105 ha / 9 500 Einwohner;  
Stadtrand.
- Leipzig – Leipziger Osten;  
Sachsen;  
Gründerzeitquartier;  
340 ha / 27 000 Einwohner;  
Innenstadtrand.
- Ludwigshafen – Westend;  
Rheinland-Pfalz;  
Blockrandbebauung der 30er-Jahre,  
Ergänzungen aus den 50er-Jahren;  
22 ha / 4 300 Einwohner;  
Innenstadtrand.
- Neunkirchen –  
Östliche Innenstadt/Oberer Markt;  
Saarland;  
Gründerzeit, 60er- und 70er-Jahre;  
107 ha / 9 800 Einwohner;  
Innenstadt.
- Nürnberg –  
Südstadt-Galgenhof/Steinbühl;  
Bayern;  
Gründerzeit, Wiederaufbau 50er- und  
60er-Jahre;  
63 ha / 11 000 Einwohner;  
Innenstadtrand.
- Schwerin – Neu Zippendorf;  
Mecklenburg-Vorpommern;  
Plattenbaugebiet der 70er- und  
80er-Jahre;  
70 ha / 8 800 Einwohner;  
Stadtrand.
- Singen – Langenrain;  
Baden-Württemberg;  
Schlichtbausiedlung der 60er-Jahre;  
5 ha / 900 Einwohner;  
Stadtrand.

## PvO in den Modellgebieten

In den 16 Modellgebieten wird Mitte des Jahres 2000 eine „Programmbegleitung vor Ort“ (PvO) eingerichtet.

Zu ihren Aufgaben gehört, alle Aspekte der Entwicklung, Organisation und Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes zum Programm „Soziale Stadt“ begleitend zu dokumentieren, im Modellgebiet aktivierend zu wirken und die Akteure vor Ort durch Beratung, Vermittlung von Erfah-

rungsaustausch und „Technische Hilfen“ (finanzielle Förderung von kleinen Projekten, Gutachten, Aktionen, Events, Öffentlichkeitsarbeit usw.) zu unterstützen.

Die mit der PvO beauftragten Personen, Arbeitsgruppen, Büros und anderen Institutionen begleiten die „Soziale Stadt“ etwa zwei Jahre lang (bis zum Frühjahr 2002).

Das Difu übernimmt die PvO in vier Gebieten (Bremen-Gröpelingen – Ohlenhof/Gröpelingen/Lindenhof, Leipzig – Leipziger Osten, Nürnberg – Südstadt-Galgenhof/Steinbühl, Schwerin – Neu Zippendorf). Je nach Stand der Maßnahmen

in den Gebieten – ob ganz am Anfang oder bereits in der Umsetzung fortgeschritten – ist beabsichtigt, im Rahmen von Starter- oder Themenkonferenzen die Ansprüche und Erwartungen an Programmumsetzung und PvO im Gebiet öffentlich zu diskutieren sowie Schritte zum weiteren Verfahren zu vereinbaren.

Hier in den „infos“ wird immer wieder aus den Modellgebieten berichtet und damit dem Erfahrungsaustausch zur Umsetzung des Programms eine weitere Plattform geschaffen werden. *Difu* ■

## Starterkonferenz im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf

Am 23. Mai 2000 veranstaltete die Landeshauptstadt Schwerin gemeinsam mit dem Difu die Starterkonferenz für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Mecklenburg-Vorpommerns Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf.

Nach Begrüßung durch Oberbürgermeister Johannes Kwaschik und seiner Zusage, dem Modellgebiet besondere Aufmerksamkeit zu widmen, erläuterte Anvera Scharenberg vom Landesministerium für Arbeit und Bau die Förderschwerpunkte und -modalitäten sowie die Kriterien für die Nominierung als Modellgebiet: Neu Zippendorf wurde vom Land aus den acht Programmgebieten in Mecklenburg-Vorpommern wegen seiner beteiligungsorientierten Rahmenplanung ausgewählt. Bei der Weiterentwicklung dieses Stadtteils gehe es darum, Maßnahmen beispielsweise zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfelds und der sozialen Infrastruktur, zur Umweltentlastung sowie zur Schaffung und Sicherung von Beschäftigung miteinander zu verbinden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe sei eingerichtet worden, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Ressorts

frühzeitig bei der Programmumsetzung einbezogen würden. Für die Programmgebiete sollen Verfügungsfonds bereitgestellt werden, mit denen Maßnahmen kurzfristig gefördert werden können. Vor allem sei der Aufbau von neuen Organisationsstrukturen sowie eines Quartiermanagements vor Ort wichtig, um die Mittel und Aktivitäten in den Stadtteilen besser zu koordinieren.

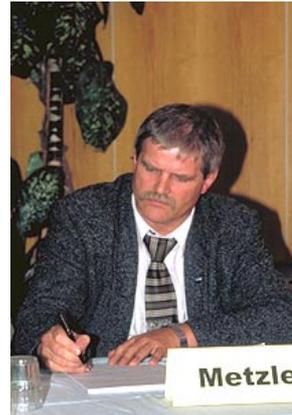
Die Mitarbeiterinnen des Deutschen Instituts für Urbanistik, Cathy Cramer und Ulla Schuleri-Hartje, erläuterten Elemente und Aufgaben der bundesweiten sowie der lokalen Programmbegleitung. Anschließend stellte Hans-Hermann Bode vom Stadtplanungsamt Verfahren und Inhalte der Rahmenplanung sowie die dazu eingeleiteten Beteiligungsverfahren (Bewohner-AGs, Stadtteilforum, Stadtteilbüro) vor. Gleichzeitig mit der Rahmenplanung habe man schon einige Maßnahmen umgesetzt: z.B. seien ein Stadtteilbüro als Anlauf-

stelle für die Neu Zippendorfer eingerichtet, Wohnhöfe gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gestaltet und Jugendhütten von den späteren Nutzern mitgebaut worden. Eine Vielzahl von Maßnahmen, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ gefördert werden sollen, sei in Vorbereitung, so etwa die Neugestaltung des Berliner Platzes und die Einrichtung eines stadtteilkulturellen Zentrums an der Astrid-Lindgren-Schule.

Für die weitere Diskussion besonders anregend waren die „Standpunkte und Visionen“ der im Gebiet bereits engagierten Akteure zur Weiterentwicklung Neu Zippendorfs. Erika Lanfersick von einer der drei Bewohnerarbeitsgruppen plädierte für eine schnellere Umsetzung der Rahmenplanung. Gabriele Kaufmann vom Regionalbüro III des Amtes für Jugend, Soziales und Wohnen sprach sich für eine stärkere



zielgerichtete Kooperation der Beteiligten aus. Armin Blumtritt vom Trägerverein des „Hauses der Begegnung“ wünschte sich für seine Einrichtung eine behindertengerechte Umfeldgestaltung und die bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Hierfür bot er die Beteiligung des Vereins an. Anne Ulrich vom Internationalen Bund (IB), der vor Ort Träger des Programms „Entwicklung und Chancen benachteiligter Jugendlicher“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist, appellierte an die Gewerbetreibenden, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen und zur Ausbildung von Jugendlichen in Neu Zippendorf beizutragen.



Peter Metzler, Rektor der Astrid-Lindgren-Schule, wünscht sich die Modernisierung und bauliche Ergänzung der Schule und „träumt“ davon, sie zu einem Kulturzentrum und „Treffpunkt der Generationen“ im Gebiet zu machen. Das Zusammenleben von ausländischen Mitbürgern, Spätaussiedlern und Deutschen sei eine Aufgabe, der sich Schule verstärkt widmen müsse.



Wilfried Wollmann von der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG sagte zu, dass die Investitionen des Unternehmens in den Bestand vor Ort auch im laufenden Jahr in einer Höhe von acht bis zehn Millionen DM fortgeführt würden. Angestrebt werde eine zielgruppenorientierte Anpassung der Grundrisse und Ausstattungen der Wohnungen.

druck wurden aus dem Teilnehmerkreis der Starterkonferenz mehr Öffentlichkeitsarbeit zur Weiterentwicklung im Gebiet sowie größere Transparenz durch frühzeitige und umfassende Information seitens Wohnungsbaugesellschaften, Stadtverwaltung und weiterer Projektträger gefordert. Hierzu gab es zahlreiche Vorschläge – von der Wandzeitung bis zur Einrichtung eines Quartiermanagements.

Difu ■

In den Beiträgen und der anschließenden Diskussion zeigte sich das große Engagement vieler Akteure für die Weiterentwicklung ihres Stadtteils. Spürbar wurde der starke Wunsch, Projekte und Maßnahmen der Rahmenplanung jetzt konsequent Wirklichkeit werden zu lassen. Die Umgestaltung des Berliner Platzes, auch unter behindertengerechten Aspekten, gilt den Bewohnerinnen und Bewohnern als ein Schlüsselprojekt im Rahmen des Programms. Vertreter der Behindertenvereinigungen und Initiativen boten ihre Beratung an, damit Erkenntnisse und Erfahrungen umgehend in die baulich-gestalterischen Entwürfe einfließen können. Mit Nach-



## i · m · p · r · e · s · s · u · m

Soziale Stadt *info*

*Herausgeber:*  
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Straße des 17. Juni 112  
D-10623 Berlin

*Redaktion:*  
Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)  
Klaus-Dieter Beißwenger  
Christa Böhme

*Layout und Satz:*  
Susanna Mayer

*Redaktionskontakt:*  
Difu-Redaktionsgruppe  
Soziale Stadt *info*  
Telefon: 030 / 390 01-282  
Telefax: 030 / 390 01-275  
E-Mail: [redaktion@sozialestadt.de](mailto:redaktion@sozialestadt.de)  
Internet: <http://www.sozialestadt.de>

*Herstellung:*  
Deutsches Institut für Urbanistik

*Abdruck:*  
bei Angabe der Quelle frei,  
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info*  
wird auf 100-prozentigem  
Recyclingpapier vervielfältigt.



# Tagung „Soziale Stadt – Erfahrungsaustausch der Projektstädte des Landes Niedersachsen“ in Hannover Vahrenheide-Ost am 9. Juni 2000

Rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Städten Niedersachsens mit Programmgebieten waren der Einladung der Landeshauptstadt gefolgt: Diskutiert werden sollte über Möglichkeiten, Probleme und Erfolge des neuen Ansatzes der Stadtentwicklung, und zwar am Beispiel der 1998 begonnenen „Integrierten Sanierung Vahrenheide-Ost“, bei der bereits Ansätze und Ziele des Programms „Soziale Stadt“ aufgenommen sind.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die kommunale Wohnungspolitik, die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner an der weiteren Entwicklung „ihres“ Stadtteils sowie die Bündelung der Ressourcen für diese Aufgabe auf der Ebene des Landes und der Stadt Hannover. Der Veranstaltung vorangegangen war ein geführter Rundgang durch das Sanierungsgebiet. Dabei waren Probleme wie Potenziale des Gebiets recht anschaulich zutage getreten.

Besondere Richtlinien für das Programm „Soziale Stadt“ werde das Land Niedersachsen nicht erlassen, die bestehenden Städtebauförderungsrichtlinien reichten hierfür aus, so Dr. Fokke Schomburg, der für Städtebau zuständige Referatsleiter im niedersächsischen Sozialministerium. Die integrierte und gegenüber der klassischen Sanierung sehr viel weitergehende Zielsetzung des Programms könne ohne weiteres auch mit diesen Richtlinien umgesetzt werden. Ausschlaggebend seien die politische Zielsetzung und inhaltliche Ausgestaltung – und die lägen in der Entscheidung jeder einzelnen Gemeinde. Dass es bei der Verwirklichung integrierter Ansätze nicht auf neue Richtlinien, sondern auf ein neues Denken in den Stadtverwaltungen ankommt, hatte auch Peter Dellemann, Leitender Baudirektor, Hannover, in der Einführung zur Tagung betont.

Offen blieb allerdings die Frage, ob für den Einsatz von EU-Fördermitteln im Rahmen der „Sozialen Stadt“ nicht doch gesonderte Richtlinien hilfreich sind.

Eine „soziale Stadt“ kann in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf nur dann entstehen, wenn sich die gesamte Stadt solidarisch zeigt. Auf diese Bedingung wies der Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBH, Jan Kuhnert, hin. Bisher sind in Hannover fast alle Belegungsrechte der Stadt in ganz wenigen Standorten konzentriert. Sollen diese Stadtteile stabilisiert werden, muss es auch zu einem stärkeren Mix in der Wohnerschaft kommen. Dies bedeutet zum einen, die Bildung von Wohneigentum für Selbstnutzer, möglichst die Mieter selbst, zu fördern. Zum andern sind die hier wegfallenden Belegungsrechte an anderer Stelle der Stadt neu zu schaffen. So ließen sich weitere Quartiere an der gesamtstädtischen Integrationsaufgabe beteiligen und die – derzeit allenthalben bedrohte – Mischungsfunktion des sozialen Wohnungsbaus stärken. Dass dies in den anderen Stadtteilen auf Widerstand der Wohnerschaft stößt, wurde allerdings auch deutlich.

Der Sanierungsbeauftragte – gewissermaßen Quartiermanager – für Vahrenheide-Ost, Jürgen Holland, sieht Wohnungspolitik, Bau- und Städtebau, soziale Entwicklung, lokale Ökonomie und Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner am Planungsprozess eng miteinander verflochten. Seine Aufgabe sei vor allem, zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, zum Aufbau und der Stabilisierung informeller Strukturen sowie insbesondere zur Bewohner selbstorganisation beizutragen. Was die lokale Ökonomie angeht, müssten Einzelhandels- und Gewerbebetriebe sowie Beschäftigungspro-

jekte im Gebiet stabilisiert und weiterentwickelt werden. Ganz wichtig seien auch Beschäftigungsangebote, die den Menschen Einkommen und Anerkennung durch Arbeit nach oder statt der hauptberuflichen Arbeit verschaffen. Hinsichtlich der Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner setze er neben der direkten Planungsbeteiligung, d.h. der organisierten Partizipation, auf indirekte Planungsbeteiligung, wie sie in Vahrenheide-Ost mit dem Bürgerforum praktiziert wird. Die Migrantinnen und Migranten in die Stadterneuerung einzubeziehen, gelinge dann am besten, wenn sie sich an Projekten beteiligen können, die ihre Interessen in besonderer Weise berühren. Speziell für die im Gebiet wohnenden Ausländerinnen und Ausländer sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler enthält die Sanierungszeitung Artikel in türkischer und russischer Sprache.

Ein Fazit der Tagung lautet: Auch bei einer Sanierung, die sich primär auf die soziale Entwicklung des Stadtteils richtet, kann auf bauliche Investitionen in die Gebäude und das Wohnumfeld nicht verzichtet werden. Hierdurch wird zum einen den Mieterinnen und Mietern augenfällig, dass etwas für sie getan wird und sie mit ihren Wünschen ernst genommen werden. Dass zugleich sozialer Sprengstoff beseitigt oder doch abgemildert wird, wenn beispielsweise Innenbriefkästen durch von außen zugängliche ersetzt und Wechselsprechanlagen installiert werden, ist eine andere Seite derselben Medaille.

Über die Nachhaltigkeit des Sanierungserfolgs – auch darüber herrschte Einigkeit – entscheidet die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils. Stadt und städtische Wohnungsbaugesellschaft GBH, der 85% des Wohnungsbestands in Vahrenheide-Ost gehören, un-

terstützen daher die Bildung von Vereinen und Betrieben, die mit im Gebiet wohnenden Beschäftigten im Gebiet anfallende Arbeiten wie Reparaturen in den Wohnungen und Häusern oder die Einsammlung von Müll erledigen. Auch andere Aktivitäten wie die Einstellung von Pförtnern für ein Hochhaus übernehmen eigens hierfür gegründete Mietervereine.

Durch eine intensive Zusammenarbeit von Sanierungsbüro, Wohnungsbaugesellschaft und Arbeitsamt ist es außerdem gelungen, neben der berufsorientierten Organisation auch eine gebietsbezogene Struktur des Arbeitsamtes für Vahrenheide-Ost aufzubauen. Die Bündelung von Ressourcen, eines der großen Ziele des Programms „Soziale Stadt“, kann für die Gebiete Städtebau, Wohnungsbau und Arbeitsförderung auf diese Weise sehr viel effektiver bewerkstelligt werden.

Gleichwohl bleibt in puncto Kooperation auch nach der Auffassung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Hannover noch viel zu tun. Zwar arbeite man mit dem Sozialdezernat, das auch im Sanierungsbüro vertreten ist, gut zusammen. Doch ansonsten werde noch „danach gesucht, wer alles im Quartier tätig“ ist (oder sein sollte). So fällt auf, dass im Gebiet zwar fast ein Viertel der Bevölkerung 18 Jahre alt oder jünger ist, aber über eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt nicht berichtet wurde. Es gab weder Hinweise auf das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), noch auf die Wirtschaftsförderung, obwohl doch Beschäftigung eines der wichtigsten Ziele der Sanierung im Gebiet ist. Veit Brauch, Leiter der Abteilung Stadterneuerung im Stadtplanungs-

amt Hannover, stellte denn auch zum Abschluss fest, dass zwar noch längst nicht alle Ziele erreicht und alle Kooperationspartner einbezogen sind. Hannover befindet sich aber auf dem richtigen Weg. Für ihn sei klar, dass es auf absehbare Zeit nicht möglich ist, die Ressourcen zu vermehren – stattdessen komme es darauf an, ihren Einsatz zu optimieren. Eine wichtige Ressource für die Umsetzung der mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ angestrebten Ziele sei die Änderung des Verwaltungshandelns im Sinne des Programms. *Difu* ■

Einzelheiten zu Zielsetzung und Organisationsstruktur der Sanierung sind in einem Sachstandsbericht des Sanierungsbüros Vahrenheide-Ost vom Mai 2000 sehr ausführlich und materialreich dargelegt. Dieser Bericht ist im Internet unter [www.sozialestadt.de/Modellgebiete/Vahrenheide-Ost](http://www.sozialestadt.de/Modellgebiete/Vahrenheide-Ost) zugänglich. Dort finden sich auch das Material zur Tagung mit zahlreichen Beschluss- und Informationsdrucksachen zur Sanierung in Vahrenheide-Ost sowie ein Aufsatz zur Mieterprivatisierung als wichtigem Baustein des Sanierungskonzepts.



## „s·o·z·i·a·l·e S·t·a·d·t – m·e·i·n·e S·i·c·h·t“

Die Lawaetz-Stiftung ist ein intermediärer Träger, der – hauptsächlich in Hamburg – an der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung einerseits sowie Projekten, Initiativen, Bürgern und Bürgerinnen andererseits in den Bereichen

Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung und Sozialpolitik arbeitet, um Projekte, Initiativen und Quartiere in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Wir waren fünf Jahre in einem Gebiet des Programms „Soziale Stadtteilentwicklung“ in Hamburg tätig, haben unsere Arbeit dort im Dezember abgeschlossen. Nunmehr engagieren wir uns in drei weiteren Gebieten. Unser Leitsatz lautet „Hilfe zur Selbsthilfe“. Deswegen ist uns die Aktivierung der Quartiersbevölkerung ein ganz besonderes Anliegen. Für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung von Gebieten, die im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ gefördert werden, wird es ein wesentlicher Erfolgsfaktor sein, inwieweit es in diesen Gebieten gelingt, die lokale Bevölkerung zur Beteiligung oder besser noch zur Mitarbeit zu aktivieren.

Bei der Aktivierung von Quartiersbevölkerung sind nach unseren Erfahrungen unter anderem fünf Gesichtspunkte wichtig. Der erste betrifft die Mobilisierung von Eigeninitiative. Damit

soll die Fähigkeit zur Selbstorganisation von Personen und Quartieren gestärkt werden. Von Selbstorganisation (Punkt zwei) lässt sich ernsthaft nur dann sprechen, wenn die Betroffenen in die Zielformulierung und Umsetzung dieser Initiativen einbezogen sind. Drittens brauchen wir Zusammenarbeit, um bereits vorhandene, aber nicht ausreichend genutzte Fähigkeiten und Stärken mobilisieren und aktivieren zu können. Viertens müssen die Prinzipien der Beteiligung und der Zusammenarbeit unbedingt unterstützt werden durch eine breite Thematisierung in der Öffentlichkeit. Und fünftens: Obwohl Mobilisierung, Aktivierung, Anregung zur Beteiligung auf Selbstorganisation hin angelegt sind, vollziehen sie sich in der Regel nicht spontan von selbst; sie bedürfen vielmehr der speziellen Unterstützung von Akteuren, die sich von Berufs wegen mit dieser Arbeit beschäftigen und die vor Ort tätig sind.

Für alle, die sich in den Quartieren für deren Weiterentwicklung engagieren, ist aus meiner Sicht das Folgende besonders wichtig: Organisieren Sie die Anerkennung für „Ihre“ Menschen vor Ort! Es wird erwartet, dass die Leute, die Sie aktivieren, etwas tun sollen. Organisieren Sie die Bestätigung, schmücken Sie die Menschen vor Ort mit den Federn des Erfolgs, ihres gemeinsamen Erfolgs! Denn wenn Menschen am Erfolg beteiligt sind und dieser ihnen auch zugerechnet wird, dann haben sie umso mehr Interesse, auch weiterhin am Erfolg der Quartiere mitzuwirken.

*Karin Schmalriede, Lawaetz-Stiftung, Hamburg* ■

25. - 28. Juli 2000,  
Jena, Leinefelde, Weimar und Hannover

„Schlafstädte wachküssen – Wege zur nachhaltigen Entwicklung von Plattenbaugebieten in Thüringen“.

(Fachtagung im Rahmen der EXPO 2000)  
In Jena, Leinefelde und Weimar wird daran gearbeitet, bei sinkenden Einwohnerzahlen monofunktionale Plattenbaugebiete in lebendige Stadtteile mit einer Zukunftsperspektive zu transformieren. Mit der Anerkennung als „Weltweite Projekte der EXPO 2000“ wird den hier praktizierten Lösungswegen Vorbildfunktion attestiert. Projektspezifika werden an drei Standorten thematisch vertieft diskutiert. Geographische und thematische Exkurse runden die Tagung ab.

Veranstalter: Gemeinde- und Städtebund Thüringen, Erfurt.

Ort: Jena, Leinefelde, Weimar und Hannover (aufeinander folgend).

Anmeldung: GRASDA Gruppe Architektur & Stadtplanung,

Frankfurter Str. 42, 64293 Darmstadt

Tel.: 06151/99 76 76, Fax: 29 46 93,

E-Mail: GRASDA@aol.com.

Kosten: DM 150,- (gesamte Tagung), zuzügl. DM 90,- für eine Übernachtung in

Thüringen. Die Tagung kann darüber hinaus an einzelnen Tagen besucht werden. Die Teilnahmegebühr beträgt pro Tag DM 25,-. Der Abschlusstag in Hannover kann nicht separat gebucht werden. ■

21. September 2000,  
Berlin

„Das ‚behütete‘ Quartier?  
Die Halbzeitbilanz der Berliner Quartiersmanager“.

„Seit Anfang 1999 wurden sukzessive in 15 Stadtgebieten Quartiersmanager eingesetzt, die einem sozialen und ökonomischen Abdriften entgegenwirken sollen. Auf der Veranstaltung werden die im Juni 2000 vorgelegten Zwischenberichte der Quartiersmanager vorgestellt und diskutiert, ob die gewählten Strategien die Intervention ‚von oben‘ rechtfertigen.“

Veranstalter: Europäische Akademie für städtische Umwelt.

Ort: Europäische Akademie für städtische Umwelt,

Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin.

Anmeldung: Fax: 030/89 59 99 19,

E-Mail: am@eaue.de.

Kosten: Die Veranstaltung ist kostenlos. ■

25. - 27. September 2000,  
Hannover

Fachtagung

„Grenzen der Erwerbsarbeit – Handlungsperspektiven im Gemeinwesen“.

(Fachtagungsreihe „Stadt als sozialer Lebensraum“ verschiedener Projekte in Hannover, Gesamttagungsprogramm: <http://www.Nananet.de/Tagungen>)

Veranstalter: Stadt Hannover.

Ort: Soziales und Kulturelles Stadtteilzentrum Kronsberg,

Thie 6, 30539 Hannover.

Anmeldung: Stadtteilzentrum Kronsberg – Tagungsbüro (Tel. 0511/168-34267,

Fax: 168-34252, E-Mail:

Wolfgang.Prauser.41@Hannover-Stadt.de.

Kosten: DM 325,- (inkl. Übernachtung und Verpflegung). ■



Ja, ich möchte Soziale Stadt info weiterhin erhalten (Bezug kostenlos)

Vorname und Name: .....

Dienststelle/Institution: .....

Adresse: .....

Telefon: ..... / ..... Telefax: .....

E-Mail: .....

Datum/Unterschrift/Stempel:

Bitte weiterleiten an: Deutsches Institut für Urbanistik · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin  
Telefax: 030 / 390 01-128